

Klaus Hasse

Sicherheitsberatung und Konzepte

Bei uns sind Sie mit Sicherheit gut beraten!

Klaus Hasse Sicherheitsberatung und Konzepte
Postfach 1117, 68805 Neulußheim

Offen

Klaus Hasse
Sicherheitsberatung und Konzepte

Postfach 1117
68805 Neulußheim

Tel.: +49 160 94764355
Mail: KlausHasse@t-online.de

Neulußheim, den 02.03.2026

Sexuelle Belästigung und Missbrauch von Kindern mit Konzept Teil 5

Vorwort:

Liebe Leser und Leserinnen,

im Teil 5 meiner Veröffentlichungen zu „Sexuelle Belästigung und Missbrauch von Kindern mit Konzept“ möchte ich Ihnen dieses Mal gerne aufzeigen, wie sehr sich die zuständigen Stellen, MandatsträgerInnen und AmtsinhaberInnen wirklich für Ihre Kinder interessieren. Und ich kann Ihnen versichern das wird ernüchternd bis erschreckend. **(Wenn Sie Kinder haben sollten, dann lesen Sie diesen Artikel auf jeden Fall bitte bis zum Ende, die 20 Minuten Zeit sollten Ihnen diese Informationen wert sein.)** Denn dieses Mal geht es noch um einiges mehr.

Das beginnt beispielsweise schon mit der Zuständigkeit und damit, dass das Innenministerium BW unter der Leitung von Herrn Innenminister Strobl (CDU) augenscheinlich noch nicht einmal weiß, dass man die Rechtsaufsicht über den KVJS in diesen von mir thematisierten Bereichen hat und vermutet diese selbst beim Kultusministerium. Anders lässt sich die an mich geschickte Abgabennachricht aufgrund der angeblichen Zuständigkeit an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport nicht erklären.

Da wundert es auch keinen mehr, dass es um die Sicherheit unserer Kinder mittlerweile so schlecht bestellt ist, wenn noch nicht einmal die zuständigen Stellen und Verantwortlichen wissen, dass sie verantwortlich sind. Den KVJS gibt es schon seit Januar 2005 und unser derzeitiger Innenminister ist seit zehn Jahren im Amt und scheinbar weiß dort trotzdem keiner, dass man die Verantwortung der Rechtsaufsicht in solchen Fällen trägt. Ich kann Ihnen jetzt schon versichern, dass dieser Teil 5 wirklich jede Menge zu bieten hat.

Viele Sachverhalte über die wir Kenntnis erlangt haben, können wir noch nicht vollständig dokumentieren, **noch nicht**. Wer mich kennt, der weiß ich werde einen Weg finden, versprochen! Daher wird es auch zu 100% einen Teil 6 geben, der sich im Schwerpunkt mit unseren Staatskirchen, teilen der Caritas und Diakonie, unterschiedlichen angeblichen „Hilfeeinrichtungen“ aller Bereiche für Familie, Kinder und Jugendliche, Senioren etc. befasst. Geldflüsse und weitere Zahlen schaffen hier ein sehr deutliches Bild zu unterschiedlichen Aktivitäten. Die Beteiligten, aber auch die dazugehörigen Geldflüsse sind äußerst vielfältig und die Zusammenhänge der Sachverhalte werden oft erst beim genauen Hinsehen ersichtlich, was aber sehr viel Zeit und Geld kostet und unsere Politik zu überfordern scheint, wenn man ihnen keine Absicht unterstellen möchte. Denn für mich stellte sich sehr schnell heraus, dass es um viel mehr geht, als nur um ein paar zweifelhafte „Ideologien“ oder „Wunschvorstellungen“.

Zusätzlich werden unsere UnterstützerInnen immer vielfältiger. An jeden Einzelnen von Euch **VIELEN DANK!** Liebe Leserinnen und Leser, einige von diesen Damen und Herren riskieren teils sehr viel für uns und tun dieses im vollen Bewusstsein, dass wahrscheinlich niemals jemand davon erfahren wird oder sie nur einen einzigen Vorteil daraus ziehen werden. Doch jeder weiß es lohnt sich, wenn man sich vor Augen führt, wem das alles zu Gute kommt.

Denn beteuert haben es wirklich alle Verantwortlichen mit denen ich in den letzten Jahren zu tun hatte, dass man sich für den Schutz und die Sicherheit unserer Kinder einsetzen wolle und ihnen diese Themen besonders wichtig sind. Wirklich etwas **Sinnvolles „gemacht“** hat kaum jemand und kaum ist noch gelobt. Für die meisten Verantwortlichen war selbst schon eine Reaktion auf meine dargestellten, mutmaßlich rechts- und verfassungswidrigen, Sachverhalte zu viel zugemutet.

Und ich möchte es noch einmal klar und deutlich betonen: Fast nahezu alle angegebenen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen stellten sich bei genauem Hinsehen, aus unserem Blickwinkel, als Luftschloss heraus, erzielten keine nennenswerten Ergebnisse und zeigten uns zumindest, dass es um ganz andere Ziele geht.

(Es ist ein wenig wie bei dem in BW gerade neu beschlossenen KI gesteuerten Überwachungsgesetz für öffentliche Räume und anlassloser Datenspeicherung. Man spricht von mehr Sicherheit für die Bevölkerung und die meisten Wissenden wissen genau, dass damit keine Verbesserung der allgemeinen Sicherheit erzeugt wird, sondern potentielle Probleme, nur verlagert werden. Dafür werden die Bürger nur noch transparenter. Das beste Beispiel dazu ist aktuell der Busbahnhof in Tübingen, wo sich der Oberbürgermeister Herr Palmer gerade wieder in einen seiner ideologischen Träume verrennt. Aber vielleicht verfolgt er auch ganz andere Pläne, wer weiß das schon. Mehr Sicherheit wird er mit seinen Maßnahmen wohl eher nicht erzeugen. Mal abgesehen davon, dass die obersten Gerichte das schon bereits zweimal abgelehnt haben, was die baden-württembergische Landesregierung da treibt und es nach meiner Einschätzung nur eine Frage der Zeit sein wird, bis auch dieser politische „Überwachungsraum“ wieder platzt, mit Recht.)

Leider reicht das bei den meisten Eltern aber schon aus, da diese sich eben oft nicht die Zeit nehmen genau hinzuschauen oder kritisch zu hinterfragen. Egal ob Kindergarten, Schule, Ämter oder Mandatsträger, man veranstaltet immer wieder Dinge, die nach unserer Meinung in der Masse nur einem Zweck gerecht werden: sagen zu können, man tue ja etwas. Und wenn ich jetzt behaupte, dass dies System hat, sind das keine leeren Behauptungen, sondern problemlos darstellbare Fakten. Denn das Hauptdrehbuch möchte nämlich etwas völlig anderes. Glauben Sie nicht? Dann lesen Sie sich zum Beispiel mal diesen offiziellen Ratgeber der WHO und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur Sexualisierung Ihrer Kinder durch:

„Standard für die Sexualaufklärung in Europa / Rahmenkonzept für politische Entscheidungsträger, Bildungseinrichtungen, Gesundheitsbehörden und Experten und Expertinnen“; Hauptfinanziert von Herrn Bill Gates, ja, unser alter Bekannter aus den Thematiken Pandemie, Impfen, Bevölkerungsreduktion und den weiteren Thematiken der gerade aktuellen Epstein-Files.

Ich habe Ihnen diesen Ratgeber auf meiner Webseite unter dem Teil 5 verlinkt:

www.wingtsun-walldorf.de/offizielle-mitteilungen-des-ausbildungszentrum/ .

Das Schriftstück ist von 2011 und auch auf der Seite der WHO und BZgA einsehbar. Jeder sollte mal darüber nachdenken, was davon schon Realität geworden ist. Besonders mit Blick auf die derzeitigen Wahlprogramme der Parteien sieht man schon, wo die Reise hingeht. Lassen Sie sich am Anfang nicht einlullen, im letzten Drittel des Ratgebers gibt es einen spürbaren „Kipppunkt“. Echter Kinderschutz sieht anders aus, kostet Zeit und Geld und ist nicht von jedem plan- und durchführbar, da es viele unterschiedliche Expertisen benötigt. Die wichtigste Grundlage dafür würde aber vor allem ein echtes Interesse und den Willen dazu beinhalten die Dinge wirklich zu verändern. Davon sind wir aber aus unterschiedlichen Gründen noch sehr weit entfernt.

Im Ganzen betrachtet wäre sehr viel weniger Zeit und Geld notwendig, als im Vergleich aktuell ausgegeben wird, um eine Veränderung zum Besseren herbeizuführen. Die positiven Nebeneffekte, allein aus einer nichtideologischen Herangehensweise, sind schon sehr vielfältig und sorgen unter anderem dafür, dass die Kinder, bei ordentlicher Anleitung, viel selbstbewusster werden, deutlich mehr Respekt zeigen, sich sozialer verhalten, sportlicher und fitter werden und auch in Stresssituationen einen kühleren Kopf behalten. Aber auch die Lehrer und Erzieher werden wieder mehr Freude an ihrer Arbeit mit den Kindern haben. Im Weiteren muss deutlich weniger Geld für Therapien, Projekte für Konfliktlösungen und Schulsozialarbeit etc. investiert werden. Alleine die Kosten für Schulsozialarbeiter haben sich seit 2011 verdreifacht! Wirklich besser geworden ist es dadurch aber nicht, im Gegenteil. Wobei man aber klar sagen muss, dass das nicht an den Schulsozialarbeitern liegt. Man wird schlicht mit Themen betraut, die nicht den Kern der Schulsozialarbeit betreffen und die diese auch nicht lösen kann.

Und liebe Eltern, wenn Sie in den Einrichtungen bei einigen LehrerInnen, ErzieherInnen, PädagogInnen oder aber auch Projekten ein Störgefühl haben, schieben Sie es nicht einfach zur Seite und trauen Sie niemandem, der im direkten Abhängigkeitsverhältnis zum aktuellen System steht und ich sage das jetzt nicht nur so dahin, ich meine das absolut ernst.

Ich habe natürlich auch sehr viele wirklich tolle ErzieherInnen, PädagogInnen und LehrerInnen etc. getroffen und kennengelernt, die sich unglaublich fürsorglich, liebevoll und mit viel Engagement um Ihre Kinder kümmern. Diese Damen und Herren verursachen in mir aber auch keinerlei Störgefühl. Im Gegenteil. Allerdings werden genau diese Goldstücke immer weniger und das liegt nicht daran, dass man keine Lust mehr hätte oder keine guten ErzieherInnen, LehrerInnen und PädagogInnen nachrücken würden. Sehr viele junge Nachwuchskräfte kündigen wieder und auch immer mehr der älteren und erfahreneren Kräfte drehen diesem Beruf ganz den Rücken zu. Nicht weil sie keine Lust mehr auf die Kinder hätten, **sondern weil Ihnen die Kinder leidtun!** und sie es stellenweise nicht mehr ertragen, was mit den Kindern passiert. Manche sprechen sogar selbst vom Leid der Kinder in der Betreuungszeit. Ich habe persönlich mit ganz vielen von ihnen sprechen können und es ist nicht nur die Sexualisierung in den Einrichtungen, die sie nicht mittragen. Sondern auch die abstrusen Ideologien und Vorstellungen, die in den Einrichtungen entweder von den LeiterInnen oder den Trägern vorgegeben werden.

Für mich persönlich wahrnehmbar sind es eher die Ministerien und höheren behördlichen Einrichtungen, die stellenweise völlig unsinnige und nur noch als ideologisch getriebene Luftschlösser zu bezeichnenden Vorgaben erteilen, die regelmäßig wirken als würde man sich dort langweilen. Gleichzeitig wundert man sich dort über die wachsende Anzahl an Kindern in den ersten Klassen der Grundschulen, die nicht zuhören können, sich nichts sagen lassen, von allem abgelenkt werden und teilweise nicht mal mehr richtig sprechen können, psychisch auffällig oder angeschlagen wirken. Sehr oft kommen solche Kinder aus Kindertagesstätten, die ein „offenes Konzept“ praktizieren oder in reinen Waldkindergärten großwerden. Die Abholpunkte für die Grundschulen werden hier oftmals völlig ignoriert, angeblich zum Wohle der Kinder und einer besseren Entwicklung. Aber genau das Gegenteil ist messbar der Fall. Bei den offenen Konzepten wissen die ErzieherInnen stellenweise nicht einmal mehr, wo die Kinder überhaupt gerade sind und das meine ich physisch wie psychisch. Sie lernen kein richtiges Gruppengefüge mehr, keinen Zusammenhalt und keinerlei richtige Strukturen, was ich persönlich für die Kinder am schlimmsten finde. Sie essen teilweise wann sie Lust haben und wenn jemand versucht etwas zu erklären oder Ihnen etwas beizubringen, dann flüchten Sie einfach in das nächste Themenzimmer.

Es muss dabei hervorgehoben werden, wie wichtig für die Kinder diese festen Gruppen, Strukturen und echten Schutzräume sind. Alleine die Umstellung auf ein teiloffenes Konzept zeigte in der Praxis schon ausnahmslos deutliche Verbesserungen für die Kleinen. Dieser Sachverhalt der Verbesserung zeigt aber auch deutlich, wo das eigentliche Problem tatsächlich liegt. Denn nur aus diesen Schutzräumen und der Sicherheit der Gruppengemeinschaft heraus wagen die Kinder Schritte um neugierig, mutig und mit einem guten Gefühl die Welt zu erkunden und sich neuen Herausforderungen zu stellen. Diese Schutzräume entstehen für die Kinder bei dieser Art von Konzepten nicht, auch kein Zusammengehörigkeits- oder Wirgefühl.

Im Gegenteil, es wundert mich überhaupt nicht, dass so viele Kinder orientierungslos wirken und immer mehr mit psychischen Problemen zu kämpfen haben. Die Tendenz dazu steigt weiter kräftig an und das wird sie auch so lange weiter tun, bis man sich den eigentlichen Aufgaben in einem Kindergarten wieder neu besinnt und den Kindern wieder echte Schutzräume verschafft und das nicht nur auf dem Papier. Sie können sich gar nicht vorstellen, was da stellenweise los ist. Und das Schlimmste ist, es würde gar nicht so viel benötigen.

Gerade in den Schulen glaubt man aber auch, dass durch die kontinuierliche Erhöhung der Anzahl von SchulsozialarbeiterInnen die Probleme in den Griff zu bekommen seien. Man will oder kann einfach nicht verstehen, dass wenn im eigenen Ökosystem die Wurzeln faul sind, es nichts bringt, wenn man versucht die Blätter zu therapieren. Solange man nicht anfängt ehrlich zu sich selbst zu sein und die wahren Ursachen für die Probleme offen anzusprechen und anzugehen, wird es auch weiter immer schlimmer werden, auch wenn man die Anzahl der SchulsozialarbeiterInnen verzehnfacht.

Themen wie Qualität und Quantität, insbesondere in den Kindergärten sind da noch gar nicht näher betrachtet. Man bekommt immer mehr den Eindruck, dass es in den Einrichtungen nicht mehr um den eigentlichen Sinn eines Kindergartens geht, nämlich:

"Schwerpunkt des Kindergartenwesens soll eine fürsorgende Betreuung mit dem Ziel einer Förderung sozialer Verhaltensweisen und damit präventiver Konfliktvermeidung sein (BVerfG Beschl. 10.03.1998, 1 BvR 178/97, in NwvZ 1998, 834)."

Meine persönliche Wahrnehmung dazu ist, dass die Kinder vielerorts nur noch verwahrt werden und keiner mehr so richtig verantwortlich ist, selbst wenn das Kind eine/n „BezugserzieherIn“ hat.

Der Begriff Kinderschutz in der Politik erinnert mich an die Miss Universe Wahlen der 70er und 80er Jahre. Da wurde den Bewerberinnen bei der Frage ihrer Interessen und Freizeitaktivitäten stets geraten, etwas Sportliches zu nehmen, etwas Besonderes wofür man Intelligenz benötigt und natürlich.... Weltfrieden. Genauso daher gesagt wie der Begriff Weltfrieden bei diesen Wahlen, ist für die meisten unserer Verantwortlichen der Begriff Kinderschutz. Das glauben Ihnen die Wähler wenigstens noch. Da gilt der Begriff Steuererleichterung bei den meisten schon als unseriös und vorbehaftet und hat sich in der Vergangenheit schon zu oft als wissentliche Lüge herausgestellt als dass man das noch glaubhaft vermitteln könnte. Wenn es aber auch beim Thema Kinderschutz konkret wird, dann bekommen Sie nicht einmal mehr Antworten auf Missstandsmitteilungen und es nimmt denselben Verlauf wie beim Thema Steuererleichterung. Es interessiert sich schlicht und ergreifend keiner mehr dafür, was er mal versprochen hat. Und der Zweck heiligt ja bekanntlich die Mittel. Man möchte zwar die Annehmlichkeiten aus seinem Mandat oder Amt, aber die versprochene Leistung erbringen und seinen Worten und Wahlversprechungen Taten folgen lassen, ist dann doch zu viel erwartet für die meisten. Wer nach den Wahlen das Thema Kinderschutz dann nach angemessener Zeit wieder aufgreift, merkt dann schon sehr schnell, wie lästig und unangenehm diese Themen nach den Wahlerfolgen geworden sind. Und tatsächlich sind es in den meisten Fällen Politiker, die selbst Familie und Kinder haben.

Wie Sie im Verlauf des gleich folgenden Teil 5 bemerken werden, haben wir nicht gekleckert und aufgrund der realen Bedrohungen für unsere Kleinsten waren wir auch bei den Formulierungen nicht länger zimperlich. Mir persönlich war es besonders wichtig, Ihnen allen einen transparenten Einblick in die Ämter und Amtsinhaber zu verschaffen, von denen wir lediglich erwarteten, dass sie tun, wofür sie gewählt wurden. Großzügig bezahlt und durchaus sehr gut versorgt werden sie ja schließlich auch noch dafür.

Einige Personen und Stellen haben sich durch Ihr Verhalten besonders negativ hervorgehoben, weshalb wir diese Personen explizit aufzeigen und auch namentlich benennen. Ebenfalls haben wir uns entschieden, gegen verschiedene Stellen und Personen zu klagen, warum werden Sie gleich sehr deutlich erkennen können. Die Inhalte dieses Artikels sollen informieren, beteiligen

und Ihnen eine Berücksichtigungsmöglichkeit bei Ihren Entscheidungen anbieten, aber auch Ihren persönlichen Gefahrenradar sensibilisieren und Ihnen zeigen, dass Sie keineswegs alleine sind. Jeder entscheidet für sich was, wieviel oder ob überhaupt etwas aus meinen Darstellungen für ihn relevant ist. Denn für mich ist nur das eine wichtig, es soll später niemand sagen können, er hätte von all dem nichts gewusst. Genauso bin ich bei der Weitergabe meiner Informationen gegenüber unserer Politik, Polizei, Staatsanwaltschaften, Mandatsträgern und weiteren Verantwortlichen vorgegangen. Aus diesen Personenkreisen gibt es niemanden mehr, der behaupten könnte, nichts davon gewusst zu haben. Wie in vielen anderen Themenbereichen auch, die Rechnung kommt immer am Schluss!

Ich habe aber auch eine sehr große Bitte an Sie.

Bevor wir starten, möchte ich Sie persönlich noch um etwas bitten. Der zeitliche und wirtschaftliche Aufwand zum Schutz unserer Kinder ist immens, weshalb ich Sie bitten möchte uns zu unterstützen. Die Zeit und unsere personellen Ressourcen bringen wir gerne ein, eine Menge Menschen unterstützen uns, sogar unentgeltlich. Aber in den nächsten Monaten werden einige, nicht unerhebliche, Kosten auf uns zukommen, die wir nicht alleine stemmen können. Daher bitten wir Sie, uns zu unterstützen, damit wir uns personell und infrastrukturell weiter ausbauen und besser aufstellen können. Ich garantiere jedem, dass das Geld und zwar jeder Cent davon, dem Schutz unserer Kinder dienen wird. Wir sind für jede auch noch so kleine Unterstützung dankbar. Besser und ehrlicher als bei uns, können Sie nicht in die Sicherheit Ihrer Kinder investieren.

Bitte richten Sie Ihre Unterstützung zugunsten dieses Kontos:

Klaus Hasse

IBAN: DE96 6724 0039 0196 8072 02

Verwendungszweck: Unterstützung für Kinder- und Jugendschutz Fachzentrum für Gewaltprävention Walldorf (Eventuell Ihr Name oder Pseudonym)

Sollten Sie Ihren Namen oder ein Pseudonym an den Verwendungszweck anhängen, werden wir dieses am Ende des jeweiligen Monats oder Folgemonats mit dem Spendenbetrag veröffentlichen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Unterstützung.

Ihr

Klaus Hasse

Teil 5

Sexuelle Belästigung und Missbrauch von Kindern mit Konzept

Im Teil 4 haben wir Sie an unserem Schreiben an den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) beteiligt. Hierin forderten wir den KVJS auf, die Betriebserlaubnis für Masturbations- und Selbsterkundungsräume in Kindertagesstätten und Kinderkrippen zurückzunehmen und im Weiteren zu verbieten. Des Weiteren haben wir auf die Missstände innerhalb der Schutzkonzepte hingewiesen und viele weitere Problematiken angesprochen. Daraufhin erhielten wir eine Stellungnahme des KVJS in der man bestritt solche Räume zu genehmigen bzw. dass man überhaupt auch nur Kenntnis über solche Räume in Baden-Württemberg habe.



KVJS Postfach 10 60 22, 70049 Stuttgart

Herrn
Klaus Hasse
Postfach 1117
68805 Neulußheim

Landesjugendamt
Referat 42
Kindertageseinrichtungen

Rückfragen bitte an:
Kristin Hermann
Tel. 0711 6375-420
Kristin.Hermann@kvjs.de

15. Oktober 2025



Ihr Schreiben vom 08. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Hasse,

Danke für Ihr Schreiben und die damit verbundene Sorge um das Wohl von Kindern in Kindertageseinrichtungen. Bezüglich Ihres Anliegens hat Herr Verbandsvorsitzender Bauer mich gebeten, Ihnen zu antworten

Die Prüfung von Konzepten zum Schutz vor Gewalt nach § 45 Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII erfolgt in Baden-Württemberg nach den „Orientierungseckpunkten zur Umsetzung der Bundesvorgaben zum verpflichtenden Gewaltschutzkonzept in Kindertageseinrichtungen und als Empfehlung für die Kindertagespflege“ (sh. [Kinderschutz: KVJS](#)). Das Dokument wurde unter Mitwirkung kommunaler, kirchlicher und freier Kita-Verbände und des KVJS unter Federführung des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg erarbeitet. Die Orientierungseckpunkte beinhalten die vier Bereiche Prävention, Personal, Potential- und Risikoanalyse sowie Intervention. Weitere Informationen zum Umgang des KVJS-Landesjugendamtes mit Gewaltschutzkonzepten können Sie unserer Homepage unter [Aktuelle gesetzliche Vorgaben und Empfehlungen: KVJS](#) entnehmen (hier insb. „FAQ-Liste zum KJSG“).

Ein sexualpädagogisches Konzept stellt einen möglichen, nicht jedoch gesetzlich verbindlichen Teil des Konzepts zum Schutz vor Gewalt dar. Es beinhaltet klare Regelungen und Vorgaben zum Umgang mit Nähe und Distanz, Grenzen und Grenzüberschreitungen. Es soll den Fachkräften Sicherheit im Handeln vermitteln, Missbrauch und Übergriffen an Kindern vorbeugen, intervenierende Maßnahmen benennen und Verantwortlichkeiten des Personals und des Trägers klar definieren. Die Erarbeitung, Anwendung und regelmäßige Überprüfung eines sexualpädagogischen Konzepts - bspw. innerhalb eines Konzepts zum

Landesbank Baden-Württemberg
IBAN DE14 6005 0101 0002 2282 82
BIC SOLADEST600

KVJS
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart

Telefon: 0711 6375-0
www.kvjs.de

www.kvjs.de



Schutz vor Gewalt - stellt aus fachlicher Sicht einen wichtigen Standard zur Prävention und zum Kinderschutz in Kindertageseinrichtungen dar.

Es gibt in Kindertageseinrichtungen Bereiche, in denen sich Kinder im Spiel verstecken oder auch zurückziehen können. Sie stellen eine Möglichkeit dar, dem Bedürfnis nach Ruhe, Vertrautheit oder ungestörtem Spiel in kleiner Gruppe - im Gegensatz zur Aktivität in der gesamten Gruppe - nachgehen zu können. Dabei ist es zum einen wichtig, dass Kinder lernen, ihre Bedürfnisse nach Ruhe und Rückzug frühzeitig wahrzunehmen und zum anderen, dass auch Rückzugsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Es muss dabei jedoch immer darauf geachtet werden, dass die Aufsicht gewährleistet wird, um Übergriffe zu vermeiden. Hierfür bedarf es in den Kindertageseinrichtungen klarer Regelungen und Absprachen, die beispielsweise im o.g. Konzept zum Schutz vor Gewalt aufgeführt sind.

Die von Ihnen genannten „Masturbations- und Selbsterkundungsräume“ sind weder bundesgesetzlich formuliert noch lassen sie sich aus landesrechtlichen Vorgaben ableiten. In Baden-Württemberg sind uns derartige Räume nicht bekannt.

Sollten Ihnen Informationen über Einrichtungen vorliegen, bitten wir Sie, uns diese konkret zu nennen, damit wir ggf. im Rahmen unseres bundesgesetzlichen Auftrags, den Schutz von Kindern in Einrichtungen sicherzustellen, tätig werden können.

Um Träger und Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen zu unterstützen, bieten wir- neben Angeboten der Beratung - vielfältige Fortbildungen an, auch zu Themen des Kinderschutzes. Diese können Sie in unserem Fortbildungsprogramm unter [Jugendhilfe-Kita: KVJS](#) einsehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Kristin Hermann".

Kristin Hermann

Dieses Antwortschreiben zeigte uns nur noch deutlicher, wie dort gearbeitet wird. Uns lagen zu diesem Zeitpunkt nämlich schon zig anderslautende Konzepte vor, welche allesamt und

nachweislich vom KVJS genehmigt worden waren. Zusätzlich bleibt zu erwähnen, dass wir auch durch viele Eltern über eine nicht unerhebliche Anzahl von Kindertagesstätten informiert wurden, bei denen wir feststellen mussten, dass solche Räume betrieben wurden, auch ohne Aufnahme in die Konzepte und Schutzkonzepte. Aber egal wie man es betrachtet, der KVJS zeigt sich nach unserer Wahrnehmung aktuell als völlig ungeeignet und in unseren Augen unqualifiziert, die verantwortungsvolle Aufgabe der ordnungsgemäßen vollumfänglichen Prüfung der Schutzkonzepte anzuleiten, zu begleiten oder gar zu entscheiden. Wir sahen und sehen hier eine erhebliche Gefahr im Verzug und daher informierten wir weitere Stellen.

Um zu verdeutlichen, dass die Darstellungen des KVJS nicht der Realität entsprachen, belegten wir die Sachverhalte beispielsweise mit dem Kinderschutzkonzept der Stadt Rauenberg. Hier wurden wir sogar von Eltern aus den städtischen Kindertageseinrichtungen darüber informiert, dass diese, als sie mitteilten, dass sie diese Art von Einrichtungen in den Betreuungsstätten nicht wünschen und weiter auch verlangten, dass Ihre Kinder diese Art von Räumen nicht betreten, durch die Einrichtungsleitung und die städtischen Verantwortlichen im Rathaus bedroht wurden. Zum Beispiel wies man darauf hin, dass der weitere schulische Werdegang auch über den Tisch der Leiter und Leiterinnen bzw. der Stadtverwaltung laufen würde und noch einiges mehr. Uns liegen diese Schreiben vor. Und die Eltern in Rauenberg stehen damit keinesfalls alleine da. Leider können wir öffentlich nicht alles zitieren oder Dokumente anhängen um die betroffenen Eltern und Kinder zu schützen. Bei der Unterdrucksetzung und dem Versuch der Einschüchterung der Eltern kennen manche EinrichtungsleiterInnen, aber auch Städte und Gemeinden offenbar keine Grenzen, weshalb wir gegen solche Sachverhalte gerichtlich vorgehen werden. Aber auch diesem Thema werde ich mich demnächst öffentlich widmen, sowie Namen, Einrichtungen und die Verantwortlichen bei den Trägern veröffentlichen. Diese Art des Handelns soll nicht länger gesellschaftlich unbeachtet bleiben.

Insgesamt wandten wir uns an:

1. das rechtsaufsichtführende Innenministerium und damit direkt an Herrn Innenminister Strobl (CDU),
2. an die Staatskanzlei und direkt an den Ministerpräsidenten BW, Herrn Kretschmann (Die Grünen),
3. das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW und damit direkt an Kultusministerin Frau Schopper (Die Grünen),
4. das Sozialministerium und damit direkt an Sozialminister Herrn Lucha (Die Grünen),
5. an alle Mitglieder und StellvertreterInnen des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport des Landtags BW (alle Parteien),
6. die Polizei und zuständige Staatsanwaltschaft

Das Innenministerium

Das für die Rechtsaufsicht verantwortliche Innenministerium bewies dann schon im ersten Gang, was wir schon vermutet hatten und sich im Weiteren auch immer deutlicher belegte. Man hatte bereits schon schlicht und ergreifend keinerlei Ahnung davon, dass man in weisungsfreien Angelegenheiten überhaupt eine Verantwortung für den KVJS innehat. Das belegt sich alleine schon dadurch, dass das Innenministerium auf unser Schreiben eine Abgabennachricht an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW an uns schickte. Daraufhin teilten wir mit, dass wir das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW bereits informiert hatten, wir zwar den Eingang noch bestätigt bekommen hatten aber danach von den Zuständigen nichts mehr gehört oder gelesen haben. Selbst nachdem das Innenministerium die Sachverhalte erneut an das Kultusministerium weitergegeben hat, konnte sich dort niemand dazu durchringen mit uns in Kontakt zu treten. Dem Innenministerium teilten wir dann der Vollständigkeit halber noch einmal mit, dass wir die Weitergabe an dieses Ministerium zwar begrüßen, dieses aber nicht zuständig sei. Das wollte und will man scheinbar bis zum heutigen Tage nicht wahrhaben. Aber wenn das

Innenministerium schon nicht weiß, dass es für die Rechtsaufsicht verantwortlich ist, woher hätte man dort auch wissen sollen, dass die Fachaufsicht über diesen Bereich des KVJS (Landesjugendamt) das Sozialministerium trägt. Daher haben wir das Sozialministerium selbst informiert und ebenfalls zum Handeln aufgefordert. Immerhin hat man es im Innenministerium geschafft unsere Informationen an die ebenfalls dem Innenministerium unterstehende und auch zuständige Polizei weiterzuleiten. Damit hat das Innenministerium auch schon mehr gemacht als alle anderen zusammen. Am 09.02.2026 traf ich persönlich auf Herrn Innenminister Strobl bei einer Veranstaltung in Schwetzingen. Hier konnte ich in einem persönlichen Gespräch mit dem Innenminister die Situation kurz darstellen. Das Zuhören viel ihm nach meiner Wahrnehmung schon schwer und sein Verhalten war geprägt von Desinteresse und nervösem Ausweichen. Er bat mich dann ihm die Angelegenheit noch einmal per E-Mail zuzuschicken - was wir auch taten, Reaktionen... eine. Ein kurzer Rückruf seines Vorzimmers ohne weiteres Engagement.

Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport im Landtag BW

Wie bereits schon erwähnt, überließen wir die Angelegenheit ebenfalls den Mitgliedern und deren StellvertreterInnen des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport im Landtag BW. Insbesondere deshalb, da der Landtag und eben dieser Ausschuss das Kultusministerium mit überwacht. Aber auch angezogen von der Rhetorik, dass das angebliche Wohl unserer Kinder an erster Stelle stehen würde und die Mitglieder ihre Entscheidung oftmals mit den Worten „zum Wohle und der Sicherheit der Kinder“ begründen. Bei der Bundeswehr würde man das Ergebnis sich an diesen Ausschuss gewendet zu haben wohl einen Rohrkrepierer nennen. Da die Grünen die Mehrzahl der involvierten Ministerien besetzen, fangen wir mal dort an. Denn ja, hier gab es tatsächlich eine Reaktion und würde ich mich politisch betätigen, müsste ich offen zugeben, dass diese Antwort eben von dieser Partei nicht anders zu erwarten war.

Die Grünen im Landtag BW vertreten von Frau Frank

Und wer glaubt, dass es nichts Schlimmeres gibt, als zu diesen Themen zu schweigen, der hat seine Rechnung ohne die Mitglieder der Fraktion Die Grünen im Landtag BW, unter Leitung der nachgerückten Landtagsabgeordneten Saskia Frank gemacht, welche ebenfalls auch im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport im Landtag BW sitzt.

Wie die Mitglieder dieses Ausschusses informierten wir auch die Fraktionen des Landtags über unser Schreiben und die Sachverhaltsdarstellungen, die wir auch an den KVJS geschickt hatten. Kurz darauf erhielten wir eine Stellungnahme von Frau Frank, an der wir Sie unbedingt beteiligen möchten, aber auch an unserer Antwort auf das Schreiben. Diese Nachricht erreichte uns am 27.10.2025:

Sehr geehrter Herr Hasse,

vielen Dank für Ihre E-Mail, auf die wir als zuständiges Fachbüro für frühkindliche Bildung sowie Kinder und Familien der Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg gerne kurz antworten möchten.

*Wir stehen in regelmäßigem Austausch mit Kitas, Trägern, Fachkräften und Verbänden in Baden-Württemberg. Die von Ihnen geschilderten Sachverhalte, insbesondere im Zusammenhang mit sogenannten „Masturbations-“ oder „Selbsterkundungsräumen“, sind uns in dieser Form nicht bekannt und wurden uns bislang von keiner Fachstelle, Aufsichtsbehörde oder Einrichtung bestätigt. **Nach unserer Kenntnis handelt es sich hierbei um unbelegte Behauptungen, die derzeit auch vor allem über soziale Medien verbreitet werden.***

Selbstverständlich nehmen wir Kinderschutz sehr ernst und das Thema hat für die Landesregierung höchste Priorität. Aus diesem Grund hat die Landesregierung die Entwicklung

eines Masterplans Kinderschutz unter der Federführung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration in der aktuellen Koalitionsvereinbarung verankert. Der Masterplan Kinderschutz ist ein wichtiger Teil der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission Kinderschutz, die zur Aufarbeitung des schweren Missbrauchsfalls in Staufen und zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes in Baden-Württemberg eingesetzt wurde.

Als erste Phase des **Masterplans Kinderschutz** wurde im Sommer 2023 ein Förderpaket mit insgesamt rund zehn Millionen Euro beschlossen, mit dem derzeit 26 Projekte im Zeitraum 2023-2025 finanziert werden. Gefördert werden unter anderem Angebote der frühen Hilfen, die Implementierung von Schutzkonzepten in Vereinen und Verbänden, die Schulung von Fachkräften in verschiedenen Kinderschutz relevanten Themen, die Betreuung von Kindern suchtkranker Eltern, die therapeutische Arbeit mit sogenannten tatgeneigten Personen sowie die World Childhood Foundation mit den Childhood-Häusern in Offenburg und Heidelberg.

Flankierend zu den laufenden Projekten **hat das Sozialministerium in einem Beteiligungsprozess eine Gesamtstrategie Kinderschutz für Baden-Württemberg erarbeitet**, um den Kinderschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verankern. Die Strategie Masterplan Kinderschutz wurde am 1. Juli 2025 veröffentlicht und wird in den kommenden Jahren umgesetzt. Die Strategie konzentriert sich auf fünf Schwerpunktthemen:

- Sensibilisierung und Information
- Qualifizierung
- Schutzkonzepte
- Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Risiko, Gewalt zu erfahren
- Digitalisierte und mediatisierte Lebenswelten

Im Zuge der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Strategie sind u.a. Forschungsprojekte zu Themen des Kinderschutzes vorgesehen. Beispielsweise sollen gemäß den erarbeiteten Maßnahmen der Strategie im Bereich der Schutzkonzepte weitere Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie Schutzkonzepte umgesetzt werden bzw. wirken und wie der Mehrwert für Kinder und Jugendliche erkennbar wird.

Um den Kinderschutz wirksam weiterzuentwickeln, hat das Land die Mittel im Haushalt deutlich erhöht: Statt der bis 2023 im Haushalt veranschlagten 700 000 Euro jährlich stehen mit dem Masterplan Kinderschutz nun dauerhaft rund fünf Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für Ihre Nachricht und den gezeigten Einsatz für das Wohl von Kindern. Selbstverständlich behalten wir die Entwicklungen im Blick und stehen weiterhin in engem Austausch mit den zuständigen Stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Team Saskia Frank MdL

Saskia Frank MdL

Sprecherin für frühkindliche Bildung

Sprecherin für Kinder und Familien

Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport

Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Mitglied im Petitionsausschuss

Sie sollten dieses Schreiben nun tatsächlich mal in Ruhe auf sich wirken lassen.

Leider hat Frau Frank wohl nicht erkannt, dass sie niemandem schreibt, der sich von ihrem geschriebenen Unsinn in irgendeiner Art und Weise beeindruckt zeigt.

Wer ist eigentlich Frau Frank genau und wieso vergleicht sie mich und meine Sachverhaltsdarstellungen mit Erkenntnissen aus sozialen Medien? Zumal ich Ihr geschrieben hatte, dass mir diese Konzepte und weitere Unterlagen vorliegen. Hierbei sollte man sich einmal im Zusammenhang mit Frau Frank das Folgende vor Augen führen und das hat etwas mit Qualifikationen zu tun:

Die verheiratete, kinderlose und in den Landtag nachgerückte **Agrarwissenschaftlerin**, die in ihrer Vita keinerlei greifbare Expertise im Umgang mit Kindern und Jugendlichen angegeben hat oder überhaupt irgendwelche Kenntnisse im Bereich Kinderschutz vorgewiesen hat, gelegentlich mal eine Fitnessstunde im örtlichen Fitnessstudio abhält, ist jetzt die Spezialistin für frühkindliche Bildung, Kinder und Familie und eine ausgesprochene Sachverständige für den Masterplan Kinderschutz der Grünen im Landtag von BW.

Frau Frank wird von einem ausgewiesenen Sicherheitsexperten, der Geschäftsführer einer Sicherheitsberatungsfirma, Inhaber eines der größten professionellen Gewaltpräventions-, Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungseinrichtungen in Deutschland und seit über 25 Jahren in diesem Bereich tätig ist, angeschrieben und stellt seine Mitteilungen und Warnhinweise als „...unbelegte Behauptungen, die derzeit auch vor allem über soziale Medien verbreitet werden.“ dar. Wie jeder anhand des Schreibens sehen kann, wurde nicht einmal nachgefragt, ob es Belege oder Unterlagen dazu gibt. Wenn eines aus diesem Schreiben hervorgeht, dann Überheblichkeit, die völlige Fehleinschätzung der eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen und absolute Interessenlosigkeit, was die reale Sicherheit der Kinder in BW betrifft. Denn alles was wir dargestellt haben, konnten und können wir beweisen, was wir ja auch mitteilten. Die Abgründe zu diesen Themen werden von Tag zu Tag dunkler und tiefer. Eine einfache Google-Suche vor der Nachricht hätte da schon zu einem deutlich besseren Ergebnis beigetragen. Und die Frage, die sich mir stellt, wenn Sie solche Sachverhalte im Bereich sozialer Medien schon wahrgenommen hat, was hat sie als Angehörige dieses Ausschusses daraufhin getan? Scheinbar absolut Nichts, nicht einmal eine Google-Suche. Und dass sie keine Informationen aus den Einrichtungen und zuständigen Bereichen erhält, überrascht mich jetzt nicht so, denn deren Arbeitsweise bildete die Grundlage warum ich hier überhaupt schreibe. Ich persönlich erkenne, zumindest beim Einsatz und dem Interesse für die Sicherheit unserer Kinder, sehr ähnliche Verhaltens- und Herangehensweisen wie bei KVJS und allen anderen zuständigen Bereichen.

Der Dunning-Kruger-Effekt scheint mittlerweile in der Politik und in führenden Ämtern augenscheinlich am besten darstellbar und weit verbreitet zu sein.

Mein Antwortschreiben dazu möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten, leider hat Frau Frank darauf nicht mehr geantwortet:

Sehr geehrte Frau Frank,

wir bedanken uns für Ihre Stellungnahme und werden Ihre Nachricht an die betroffenen Eltern, Kinder und die Öffentlichkeit gerne weiterleiten. Aber auch den Sachverhalt, dass es Ihnen als Landtagsabgeordnete oder dem KVJS als zuständige Prüfstelle bisher nicht möglich gewesen ist, diese teilweise öffentlichen Kinderschutzkonzepte durch eine einfache Googlesuche aufzuspüren. Insbesondere der KVJS! Wir haben uns diese Arbeit, zum Wohl der Kinder, auch ohne wirtschaftliche Vorteile oder ein politisches Mandat gemacht und wurden innerhalb weniger Stunden fündig. Die einen reden eben gerne und versinken in Selbstdarstellung, die anderen machen es einfach, jeder wie er kann.

Die zahlreichen uns vorliegenden "Kinderschutzkonzepte" sind nach unserer Auffassung vom KVJS genehmigt, da wir prinzipiell davon ausgehen dürfen, dass die Aufsichtsorgane ordentlich arbeiten und die Kinderschutzkonzepte gewissenhaft geprüft wurden. Daher erstaunen uns

diese vorliegenden Kinderschutzkonzepte, wie wir es bereits auch dargestellt haben. Letztendlich bleibt festzuhalten, dass alle betroffenen Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg über eine gültige Betriebserlaubnis verfügen und das im Verantwortungsbereich des KVJS liegt, der damit nach unserer Wahrnehmung überfordert ist.

Des Weiteren bestätigen uns zahlreiche Eltern die Einrichtung und Betrieb dieser Räume, auch bundesländerübergreifend. Daher werden wir zeitnah die Angelegenheit an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden zur Prüfung und gegebenenfalls weiteren Ermittlungen weiterleiten.

Warum der KVJS augenscheinlich solche Konzepte genehmigt verrät uns zumindest deutlich, wie dort gearbeitet wird. Gerade aber auch im Zusammenhang mit den weiteren von uns dargestellten Problematiken in den Kinderschutzkonzepten der Kindertagesstätten. Wir haben alle zuständigen Stellen, auch das aufsichtsführende Innenministerium, informiert.

Wenn das von uns vorgetragene von Ihnen als unbelegte Behauptungen aus dem Bereich sozialer Medien abgetan wird, möchten wir Ihnen hiermit mitteilen, dass wir nicht soziale Medien sind, sondern ein renommiertes Unternehmen aus der Sicherheitsbranche. Das Anzweifeln der von uns an Sie überlassenen Informationen und das damit einhergehende Anzweifeln unserer Integrität ist nicht nur anmaßend, sondern wird auch auf Sie zurückfallen.

Zwar haben Sie keinen Amtsermittlungsgrundsatz wie der KVJS und die übergeordneten Dienststellen, Sie dürfen sich aber sicher sein, dass wir Ihren und den herausragenden Einsatz anderer Stellen zum Schutz und Wohle unserer Kinder, sowie Ihre umfangreichen Ermittlungen zu diesen Sachverhalten in den Fokus der Öffentlichkeit rücken werden. **Insbesondere das Ergebnis**, dass Sie uns ja mitgeteilt haben.

Vielleicht schauen Sie sich ja dann doch aus Versehen mal das Gewalt- und Kinderschutzkonzept der Stadt Rauenberg vom 01.05.2023 als Beispiel Ihrer katastrophalen Fehleinschätzung an und werden somit fester Bestandteil der Realitäten vor Ihrer Haustür. **Gerade als Sprecherin für frühkindliche Bildung, Sprecherin für Kinder und Familien, Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport, Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration** und den von Ihnen dargestellten befragten Einrichtungen möchten wir Ihnen nahelegen, sich neue und vor allem zuverlässigere Informationsquellen zuzulegen. Im Interesse der Kinder.

Eine Mitteilung darüber, wieviel Geld letztendlich investiert wird, wieviele Studien in Auftrag gegeben werden oder wieviel Personal eingestellt wird, ist obsolet, wenn Sie trotzdem nicht mitbekommen, was in den Einrichtungen vor sich geht und nach eigenen Aussagen ungesehen von den Verantwortlichen genehmigt wird. Das Schlimmste dabei bleibt allerdings, dass Sie sich selbst wohl für zu elitär halten, um den Hinweisen von besser wissenden ordentlich und verantwortungsbewusst nachzugehen und uns stattdessen einen Bären von einem Masterplan aufbinden wollen. Ihr Masterplan versagt, genauso wie Ihre Recherchen! Aber auch die Tatsache, dass Sie garnicht erst nach betroffenen Kindertagesstätten, Eltern, Kindern etc. gefragt haben oder uns nach weiteren Informationen gefragt haben, lässt uns persönlich doch erheblich daran zweifeln, dass Sie davon nichts Wissen oder an einer wirklichen Klärung des Ganzen interessiert sind.

Wer was wusste und wie damit umgegangen wurde, wird jedenfalls Gegenstand unterschiedlichster und umfangreicher Ermittlungen werden, worum wir uns persönlich kümmern werden. Andere Abgeordnete und Parteien auf Bundesebene haben zu unseren Sachverhalten deutlich mehr Respekt, Aufklärungsinteresse und Unterstützungswillen gezeigt und auch schon bewiesen. Denn eines bleibt ebenfalls festzuhalten, wir werden auch der Bevölkerung in Baden-Württemberg detailliert darlegen, wie mit uns und unseren Informationen umgegangen wurde.

Mit besten Grüßen Klaus Hasse

Nach meiner Meinung haben die Grünen eindrucksvoll bewiesen, wie wichtig Ihnen der Kinderschutz wirklich ist und dass man sich entspannt auf irgendwelche „Masterpläne“ verlässt, anstatt das Offensichtliche auch nur zu erwägen. Bleibt für die WählerInnen von Frau Frank und dem Rest der Einwohner in BW nur zu hoffen, dass sie für Ihre Kinder einen eigenen „Masterplan“ haben. Auf den von Frau Frank würde ich mich jedenfalls nicht verlassen, es sei denn sie planen Urlaub auf dem Bauernhof. Die Sicherheit und die Gesamtsituation in den Kindertageseinrichtungen und Schulen gehen weiter deutlich bergab.

CDU

Keine Antwort!

Aus unserer direkten Nachbarschaft gibt es zwei Abgeordnete der CDU, die im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport sitzen:

- 1.) Frau Christiane Staab aus Walldorf (Baden), CDU für den Wahlkreis 37 (Wiesloch) im Landtag, verheiratet, 4 Kinder, Rechtsanwältin.
- 2.) Herr Andreas Sturm aus Neulußheim, CDU für den Wahlkreis 40 (Schwetzingen) im Landtag, verheiratet, keine Kinder, evangelischer Theologe und Studienrat.

Beide haben in Ihren Wahlprogrammen für die Landtagswahl 2026 den Kinderschutz als eines der wichtigsten Themen vorangestellt, wie auch schon in der letzten Legislaturperiode. Ergebnisse? Nach unserer Auffassung, nichts Nennenswertes und eine Verbesserung ist zumindest für uns nicht ersichtlich. Zusätzlich beschäftigen sich beide in Ihren Wahlprogrammen inhaltlich mit der inneren Sicherheit in BW. Nach unserer Meinung bekommen Sie das schon in Ihren eigenen Wahlkreisen im Kindergarten nicht hin und zeigen hierfür auch wenig Bereitschaft sich mit den notwendigen Maßnahmen dafür ernsthaft zu beschäftigen.

Frau Staab wirbt mit dem Slogan, sie sei die starke Stimme unserer Region im Landtag. Die Frage ist für wen? Schon bereits in ihrem Amt als Bürgermeisterin in Walldorf (Baden) erweckte sie vielmehr bei uns den Eindruck, eher nur Bürgermeisterin für bestimmte Teile der Stadt Walldorf zu sein. Keine einzige Nachricht von uns wurde von ihr als Bürgermeisterin je beantwortet. Und verfolgt man ihre Reden und Positionen im Landtag, haben wir sicherlich geeignetere KandidatInnen für eine starke Stimme unserer Region im Landtag.

Herr Sturm ist ebenfalls zweiter Bürgermeisterversorger in Neulußheim. Das Kinderschutzkonzept der Gemeinde ist wirklich nur noch als Verzweiflungstat zu bezeichnen. Wobei man ein Paradebeispiel für ein gelungenes Sicherheitskonzept für Kindergärten direkt vor der Tür liegen hätte. Denn eines der besten Kinderschutzkonzepte, die ich in den letzten Jahren gelesen habe (immerhin rund 300 in den letzten Jahren) kommt tatsächlich auch aus Neulußheim. Dieses beispielhafte Konzept ist der lebendige Beweis dafür, dass wenn man sich ernsthaft mit diesem Thema beschäftigt und Wunschvorstellungen und Ideologien außen vor lässt, das Ergebnis sehr gut werden kann, selbst bei nicht so einfachen und gesellschaftlich sehr unterschiedlich betrachteten Themen. Es benötigt lediglich das notwendige Fingerspitzengefühl und Tellerrand übergreifende Expertisen von Menschen, die wissen worauf es ankommt.

Eines ist aber sicher, wer sich auf Masterpläne verlässt, der ist verlassen! Alleine der Name zeigt schon, dass der/die VerfasserIn völlig ahnungslos war, was man ja auch am Ergebnis messen kann (der Missbrauch von Kindern nimmt weiter deutlich zu). Niemand mit auch nur einem bisschen Ahnung, hätte ein solches Wort für die Namensgebung gewählt. Dieses Wort „Masterplan“ erfüllt nur drei Punkte: Es soll ein weiteres Luftschloss zeichnen, den WählerInnen ein falsches Sicherheitsgefühl suggerieren und wirken, als hätte man irgendetwas im Griff.

Gleiches gilt auch für Personen, die glauben die Sicherheit durch das Herabsetzen der Strafmündigkeit bei Jugendlichen von 14 auf 12 Jahre zu verbessern oder durch Überwachung mit KI unterstützten Kameras in öffentlichen Räumen, anlassloser Vorratsdatenspeicherung, den Einsatz von Palantir-Softwarelösungen bei Behörden, Masturbations- und

Selbsterkundungsräumen in Kindertagesstätten, das Leugnen von Clankriminalität in Baden-Württemberg (laut Aussage Innenminister Strobl gibt es die in BW nicht), die politische Einflussnahme in Schulen unter dem Deckmantel der Orientierung für die Wahl der richtigen Partei, mehr Schulsozialarbeiter in der Hoffnung die Probleme, die man selbst schafft, in den Schulen in den Griff zu bekommen. Zu glauben, dass die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland aktuell von rechts kommt, Brandmauern dem Schutz der Demokratie helfen oder überhaupt nur demokratisch wären, dass linke Gewalt keine Gefahr und kein Problem in Deutschland sei und und und.... Diese Maßnahmen in Gänze zeichnen zumindest in unseren Augen ein ganz anderes Bild und ganz andere Ziele ab. Und in einigen Bereichen sind die roten Linien bereits deutlich überschritten, ein Zustand, der dauerhaft nicht tragbar ist, wenn man weiter in einer Demokratie leben möchte.

Das belegen auch die jüngsten und schwerwiegenden Vorwürfe der UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan zur Meinungsfreiheit und zum Missbrauch des Extremismusbegriffs in Deutschland. Da muss man sich wirklich fremdschämen und nur mit Unwissenheit ist das nicht mehr erklärbar.

Warum rechtsradikale und rechtsextreme Gesinnungen in Deutschland gerade Hochkonjunktur haben, haben alle Parteien mit Ihrer Politik selbst verursacht. Und dass ich das jetzt unter die Überschrift der CDU geschrieben habe, bedeutet nicht, dass nicht andere Parteien dieselbe Schuld trifft. Hier passte es gerade zum Inhalt. Ich bin mal gespannt, wie ihr das Euren Kindern und Enkelkindern später erklären wollt. Und wenn nur ein einziger glaubt, dass das auf seine Familie zukünftig keine Auswirkung hat oder nicht auf diese zurückfallen wird, der hat aus der Geschichte nichts gelernt. Denn die Gewalt und die Aggressionen gegen Politiker und ihre Angehörigen nehmen rasant zu, genauso wie die Angst bei den Familienangehörigen. Und hier müssen wir ehrlich und uns im Klaren darüber sein, dass diese Angst alles andere als unbegründet ist. Und wer auf der Straße die ganze Zeit nur nach rechts schaut, der wird von links überfahren. Solche unsinnigen Handlungsweisen kann sich vielleicht unser Innenminister in BW leisten, der kommt zu einer kleinen Wahlveranstaltung auch mit mehr als sechs Personenschützern, zusätzlichen Ordnungsamtmitarbeitern und Polizei. Und das alles im sichersten Baden-Württemberg der letzten 30 Jahre (Quelle, der Innenminister selbst am 09.02.2025 in Schwetzingen).

FDP

Wir bekamen auch noch eine Stellungnahme der FDP. Die rhetorischen Floskeln daraus, die ebenfalls unbegleitet von echtem Interesse an unseren Kindern waren, erspare ich Ihnen an dieser Stelle.

SPD

Keine Reaktionen

AFD

Keine Reaktionen

Es hat sich also im gesamten Ausschuss wirklich niemand für die Kleinsten und deren Sicherheit interessiert! Schauen Sie sich bitte die Mitglieder dieses Ausschusses insgesamt genau an und berücksichtigen Sie dieses bei den nun am 08.03.2026 anstehenden Landtagswahlen. Die Mitglieder finden Sie auf der Seite des Landtags BW.

Meine Damen und Herren dieses Ausschusses, wir können uns den Kommentar einfach nicht verkneifen: Sie sollten sich alle in Grund und Boden schämen!

Staatskanzlei

Was sagt denn der Ministerpräsident Herr Kretschmann zu diesem Thema? Dass dieser nicht selbst antwortet dürfte jedem verständlich sein. Aber auch diese Antwort geht mit den vorherigen einher, weshalb ich nur sagen kann, gleiches Thema, gleiches Interesse, gleiche Herangehensweise, gleiche Antwort, gleiche Quellen - andere Stelle. Die Antwort der Staatskanzlei:

Sehr geehrter Herr Hasse,

vielen Dank für Ihre Nachricht an Herrn Ministerpräsident Kretschmann. Darin wenden Sie sich gegen Kindertagesstätten, in denen es „Masturbations- und Selbsterkundungsräume“ gebe, in denen nackt mit oder ohne Personal sexuelle Handlungen an sich und anderen vorgenommen werden sollten. Leider kann Herr Ministerpräsident nur sehr wenige der unzähligen Briefe und E-Mails selbst beantworten, die ihn täglich erreichen. Stattdessen darf ich Ihnen schreiben.

Solche Räume oder Konzepte wie die von Ihnen beschriebenen sind dem Staatsministerium nicht bekannt. Sie haben sich deshalb ja bereits an den zuständigen KVJS gewandt und werden von dort sicherlich noch umfassendere Auskunft erhalten. Unabhängig davon kann ich Sie nur dringend bitten, sich, sollten Sie tatsächlich Wahrnehmungen von Sexualstraftaten gemacht haben, an die zuständigen Strafverfolgungsorgane zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Heiko Feurer

Staatsministerium Baden-Württemberg

Referat 46 – Bildung, Sport, Kirchen, Religionen

Diese Antwort verfehlt vollständig den Inhalt unserer Nachricht und wirkt, als wollte man den Geschädigten an den Täter zur Sachverhaltsaufklärung „zurücküberweisen“.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW

Keine Antwort. Auch nicht, nachdem das Innenministerium die Sachverhalte noch einmal selbst mitgeteilt hat.

Sozialministerium

Keine Antwort.

Unsere wunderschöne Stadt Walldorf (Baden)

oder

Christ oder Extremist, was darf es sein?

Kurz nach der Veröffentlichung des Teil 1 unserer Serie „Sexuelle Belästigung und Missbrauch von Kindern mit Konzept“ bekam ich ein Schreiben unseres örtlichen evangelischen Pfarrers in

Walldorf (Baden) Herrn Dr. Boch. Sein Interesse begründete sich allerdings nicht darauf, uns in unseren Bestrebungen, die Sicherheit in den Kindergärten in BW oder der angrenzenden Regionen zu verbessern oder wiederherzustellen, sondern darauf, dass wir in unserem Teil 1 ebenfalls hervorgehoben haben, dass es auch immer wieder Bereiche der evangelischen Kirche sind, Tendenz steigend, die unangenehm hervorstechen. Er zeigte sich mit dieser Aussage unzufrieden und laut seiner Darstellung auch Teile „seiner MitarbeiterInnen“. Prinzipiell begrüßten wir das befremdliche Gefühl von Herrn Dr. Boch und Teilen seiner MitarbeiterInnen, zeigt es uns nach unserem Werteempfinden, dass es zumindest ein Störgefühl gibt.

Seit diesem Schreiben sind bereits Monate vergangen und ich kann Ihnen aus heutiger Sicht nur nochmals bestätigen, dass aus unserer Sicht die Seriosität bei Teilen der evangelischen Kirche durch unsere weiteren Recherchen nicht besser wurden, das genaue Gegenteil ist der Fall. Die E-Mail von Herrn Dr. Boch stellte inhaltlich nicht immer unbedingt das dar, was wir geschrieben hatten, daher ist es für Interessierte durchaus empfehlenswert sich das tatsächlich Geschriebene aus dem Teil 1 noch einmal durchzulesen und mit den Darstellungen von Herrn Dr. Boch zu vergleichen. Gerne möchten wir Sie im Weiteren auch an dieser E-Mail und unserer Antwort beteiligen:

*Sehr geehrter Herr Hasse,
ich wende mich an Sie als Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Walldorf.
Mit Befremden haben ich und mehrere meiner Mitarbeiter:innen ihre auf Social Media verbreiteten Äußerungen gelesen. Sie lege darn nahe, dass von Ihnen mit Besorgnis beobachtete Entwicklungen, wie Masturbationsräume in Kindergärten, "auch in unserer Region" und "insbesondere in Teilen der Evangelischen Kirche" Anklang finden.
Das stimmt in keiner Weise für die Kindergärten, die in unserer Region, speziell in Walldorf und in evangelischer Trägerschaft geführt werden.
Solche falschen Äußerungen führen zu Verunsicherung bei Eltern und Erziehern.
Ich bitte Sie um ein kurzes Gespräch um eventuelle Missverständnisse auszuräumen.*

*Mit freundlichen Grüßen
Uwe Boch*

Pfarrer Dr. Uwe Boch

Unsere Antwort darauf:

Sehr geehrter Herr Dr. Boch,

wir bedanken uns für Ihre Nachricht und möchten Ihnen versichern, dass wir immer bereit sind in den persönlichen Dialog zu treten, sofern dieser unter gegenseitiger Rücksichtnahme und Respekt erfolgt. Gerade auch von großen und bekannten Institutionen erwarten wir, dass sie sich klar zu diesem Thema öffentlich positionieren und äußern. Aber auch, dass sie solchen Sachverhalten in ihren Einrichtungen keinen Raum bieten.

Ihr befremdliches Gefühl und das Ihrer MitarbeiterInnen kann ich verstehen, insbesondere im Zusammenhang mit solchen Thematiken. Hierauf können und werden wir allerdings keine Rücksicht nehmen! Als Leiter unterschiedlicher Unternehmen kann ich Ihnen versichern, dass ich ein sehr großes Augenmerk auf Neutralität lege. Ich interessiere mich weder für die unterschiedlichen politischen Ausrichtungen von Parteien, Geschlechter, Religionen, Herkunft etc. Wenn Menschen an mich herantreten, egal ob privat oder geschäftlich, dürfen sie sich stets sicher sein, dass meine Herangehensweisen neutral und fokussiert auf Problemlösungen sind und keinen Ideologien folgen.

Wenn sich also jemand wie ich entscheidet, in der Öffentlichkeit so aufzutreten, dürfen Sie versichert sein, dass ich dieses nicht mit leeren Händen tue und die Angelegenheiten auf Substanz geprüft wurden, sowie auf Fakten basieren. Gleichzeitig bedeutet das aber auch, dass wir bei solchen Themen auf niemanden Rücksicht nehmen werden!

Gerade weil wir davon ausgehen, dass die jeweiligen Bereiche nicht so recht wissen was sie da eigentlich treiben, konzentrieren wir uns aktuell noch auf das informieren. Wir werden ehrliche und transparente Fakten schaffen aber notfalls auch Rahmenbedingungen und höchstrichterliche Urteile für zukünftige Rechtsicherheit für alle Beteiligten erzeugen.

Die Behauptung, ich würde in meinen Veröffentlichungen falsche Tatsachen äußern, ist ein wenig gewagt, vor allem unter Anbetracht der Tatsache, dass wir uns noch gar nicht vollständig geäußert haben. Trotzdem höre ich mir Ihre Wahrnehmungen dazu gerne an. Missverständnisse brauchen wir nicht erörtern, unsere Darstellungen waren unmissverständlich.

*Am kommenden Sonntag werden wir uns weiter und noch tiefer mit den Fakten, auch juristischer Natur, befassen und die Menschen weiter informieren, auch allen Befindlichkeiten zum Trotz! **Der Kinderschutz wird von uns unumstößlich allem voran gestellt!***

Gerne können wir einen Termin für ein persönliches Gespräch vereinbaren.

Zu diesem Gespräch kam es dann auch, allerdings anders als man es vermuten mag. Ein paar Wochen darauf erhielt ich einen Anruf aus dem Vorzimmer des Bürgermeisters Herrn Renschler und wurde um ein Gespräch mit dem evangelischen Pfarrer Herrn Dr. Boch, dem ersten Beigeordneten der Stadt Walldorf (Herrn Steinmann) und dem Bürgermeister gebeten, was wir auch vereinbarten und das auch stattfand. Persönlich schätzen wir Herrn Bürgermeister Renschler sehr, er ist **der einzige Bürgermeister**, der uns in unserer Arbeit, insbesondere in der Zeit nach Corona, für die Kinder und Jugendlichen in unserer Region unterstützt hat oder überhaupt nur mal zugehört hat. Alle anderen umliegenden (Ober-) BürgermeisterInnen von Leimen bis St. Leon-Rot und von Sandhausen bis Rauenberg hatten dafür leider keine Zeit. Zwar vereinbarten zwei von Ihnen Termine mit uns, sagten diese allerdings kurzfristig wegen anderer Termine ab.

Wissenswertes zur richtigen Beurteilung der Lage

Es muss aber auch dazu gesagt werden, dass die evangelische Kirche Walldorf (Baden) und die von Ihnen betriebenen Bereiche, wie zum Beispiel das mitbetriebene Familienzentrum, Kindergärten, sowie verschiedene Jugend- und Senioreneinrichtungen mit einer deutlich erhöhten Sicherheits- und Gefährdungseinstufung in unseren Sicherheitskonzepten betrachtet werden. Das ist aber mittlerweile deutschlandweit und religionsübergreifend immer öfter notwendig. Gleiches haben wir beispielsweise mit sämtlichen städtisch geführten Einrichtungen der Stadt Rauenberg. Am Beispiel Walldorf (Baden) rührt dieses daher, dass Herr Dr. Boch, der evangelische Pfarrer der Kirchengemeinde, ein Anhänger der Antifa ist, wovon man sich auch auf sämtlichen Aufritten in den Bereichen sozialer Medien selbst überzeugen kann.

Warum das durch die Walldorfer evangelische Kirchengemeinde, die Verantwortlichen aus Stadtverwaltung, Gemeinderat oder der anderen Kirchen, sowie der evangelischen Kirche selbst aus unserer Sicht nahezu widerstandslos mitgetragen wird, zeigt schon, an welchem christlichen Verrohungszustand wir bereits angekommen sind. Auch teilt sich der Verein Zipfelmützen e.V. die Trägerschaft mit der Stadt Walldorf und der katholischen Kirche für das Familienzentrum Walldorf mit der evangelischen Kirche. Das Auftreten des Pfarrers hat auch nichts mehr mit Meinungsfreiheit oder Toleranz zu tun. Schon zweimal nicht in solch einer Position. Jeder, der das mitträgt und sei es auch „nur“ durch Schweigen, ist in meinen Augen nicht nur ein Gegner der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung, sondern hat das Christ sein nicht verstanden oder aus den Augen verloren. Es geht auch nicht mehr um die privaten Angelegenheiten irgendeiner Person. Vor allem wenn man sich vor Augen führt, welche sensiblen

Nutzergruppen hier potenziell beeinträchtigt und manipuliert werden könnten. Die Schwächsten der Schwächsten und die Ärmsten der Armen tragen das potenzielle Risiko. Nehmen wir zum Beispiel das Familienzentrum in Walldorf (Baden), das unter der Geschäftsführung und Mitträgerschaft eben dieser evangelischen Kirche steht, die einen solchen Pfarrer duldet. Besucher und Nutzer solcher Einrichtungen aber auch vieler weiteren Einrichtungen in Walldorf (Baden), die unter der Leitung der evangelischen Kirche Walldorf (Baden) stehen, befinden sich oftmals in einer Ausnahmesituation, entweder physisch, psychisch, wirtschaftlich oder sogar existenziell. Solche Menschen oder aber auch Kinder und Jugendliche sind für Ideologien und Manipulationen besonders empfänglich und im besonderen Maße gefährdet. Ebenso wie ältere Menschen, die in den unterschiedlichsten Versorgungsabhängigkeiten stehen, egal ob physisch, psychisch oder wirtschaftlich. Diese sensiblen Nutzergruppen benötigen ein besonders sicheres Umfeld und den Schutz der Gemeinschaft. Keinen evangelischen Pfarrer, der sich mit der Antifa verbunden zeigt. Der unter Umständen anfängt, langsam und allmählich seine gleichgesinnten Schäfchen um sich herum zu versammeln, um sie potenziell an wichtigen und gemeinnützigen Punkten zu positionieren und das noch auf Kosten des Steuerzahlers und des Rufes der Stadt. Denn gerade viele soziale Bereiche sind bereits von links, grün, roten Ideologen infiltriert und brandgefährlich für leicht zu beeinflussende Menschen z. B. Menschen mit wenig Bildung, Abhängige, Hilfesuchende, Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen, sozial Schwachen und Menschen mit sehr wenig Lebenserfahrung. Auch die Gefahr einer potenziellen Indoktrinierung in den Kindergärten lässt sich nicht ausschließen, wenn das passende Personal mit der Zeit die Erziehung und Wertevermittlung der Kinder übernimmt.

Zum Thema Antifa möchte ich Ihnen einige Zitate des Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes a.D. Hans Georg Maaßen aufzeigen, der diese Sachverhalte mit den Worten eines Experten in solchen Angelegenheiten mehr als deutlich klarstellt:

„Die Antifa ist kein Teil der „Zivilgesellschaft“, sondern eine linksextremistische, teilweise linksterroristische SA, die dazu dient, die politischen Gegner der Linken einzuschüchtern oder krankenhaushausreif zu prügeln. Wer diese Leute unterstützt, ist ein Gegner der freiheitlichen Demokratie.“

Hans-Georg Maaßen im März 2022 auf X. (SA= Sammelbestrebung)

„In Deutschland wird im Internet von der linksextremen Antifa ganz offen zu Straftaten gg Menschen aufgerufen, die der Antifa-Mob als „Nazis“ markiert. Die Antifa nimmt für sich in Anspruch zu entscheiden, wer Menschenrechte hat und wer nicht.“

Hans-Georg Maaßen im Juli 2024 auf X.

„Der Niedergang begann viel früher. Bildung, Infrastruktur, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit – all das erodierte bereits seit Jahrzehnten. Ein Kernproblem ist die Mentalität: Wir halten uns für reich genug, um uns alles leisten zu können – ideologisch, finanziell, gesellschaftlich. Diese Selbsttäuschung verhindert jede Wende. Ohne Mentalitätswandel wird es keinen Aufschwung geben.“

Hans-Georg Maaßen bei Alex Wallasch

„Die Partei [SPD] ist verloren. Sie ist nach meiner Ansicht von Linken und Linksradiakalen übernommen worden, die sich mit der gewaltbereiten Antifa solidarisch erklären. Ich würde noch nicht einmal sagen, dass diese Leute wirklich links sind in dem Sinne, dass sie die Interessen der Arbeiter und der kleinen Leute vertreten. Nein, das sind oftmals Ideologen, die eine kollektivistische Agenda vertreten. Und weil es Ideologen sind, sind sie auch nicht bereit, auf die Realität einzugehen. Sie meinen, sie können die Realität durch ihre Ideologie ändern. Ich kann nur hoffen, dass diese SPD in absehbarer Zeit in Deutschland keine politische Rolle mehr spielt, weil diese Partei genauso wie die grüne Partei und die Linkspartei brandgefährlich ist.“

Hans-Georg Maaßen bei Alex Wallasch.

Der Vollständigkeit halber bleibt von meiner Seite noch zu ergänzen, dass diese Sachverhalte auch schon während meiner Bundeswehr- und NATO-Zeit in Briefings durch das Amt für militärischen Abschirmdienst (MAD) (militärischer Geheimdienst) zuletzt 2013 ebenfalls schon so dargestellt wurden. Wenn sich also ein Präsident des Bundesverfassungsschutzes a.D. so deutlich dazu äußert und auch ich bereit bin, dieses in meinen Darstellungen zu zitieren und meinen Namen darunter zu setzen, dann sollten auch die Alarmglocken der letzten Zweifler klingeln.

Noch nicht überzeugt? Dann lassen Sie mich noch deutlicher werden und Ihnen mal einen Auszug aus dem Stenografischen Bericht des Deutschen Bundestags zum Plenarprotokoll 21/34 Seite 45 zitieren. Hier gibt der Abgeordnete Maximilian Kneller einmal eindrucksvoll wieder, was ein Abgeordneter der Linken, hier anhand des Beispiels des Linken-Abgeordneten Ferat Kocak öffentlich zum Besten gibt. Wir möchten auch noch darauf hinweisen, dass dieses für den Abgeordneten folgenlos blieb:

Maximilian Kneller:

Danke, Herr Präsident. - Herr Koçak, ich finde das sehr interessant. Herr Lindh hat ja eben auch gesagt, dass es hier niemanden gibt, der Linksextremismus auch nur verharmlosen würde. Danke für die Show.

Sie haben wenige Meter von hier entfernt ein Tiktok-Video gedreht. Ich möchte gerne mal zitieren, was Sie da so vom Stapel gelassen haben und welches Lied Sie da sehr entschieden und mit kämpferischem Schmackes nachgesungen haben. Es hieß da:

„Aus 'ner Gorbatschow wird 'ne Molotow, aus'm Bullenauto ein Haufen Schrott.

Bullenschweine raus aus unserer Gegend.

Hier herrscht Anarchie, spuck' auf eure Regeln.

Schirme hoch gegen Tränengase.

Riechst du den Dampf der Pyrotechnik?

Nieder mit euren Führungsketten.

Dahabflex kommt wie Mao und Stalin.

Chill' im schwarzen Block, nicht in Sansibar.

Jedes Bullenschwein ist 'ne Missgeburt.

Hau 'nem Rechten aufs Maul, auf die linke Tour.

Molotows als Antwort auf Tränengase.

Fick die USA, fick die Emirate.

Bullenwagen versperr'n wieder jede Straße.

Steine fliegen, Helme krachen, Barrikaden, Straßenschlachten.

Wir tanzen im Nebel der Repression.

One Solution:"

- jetzt genau zuhören - „revolution.

Quelle: Deutscher Bundestag, stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 21/34 Seite 45.

Klingt das nicht nach einem hübschen Ausflug für die ganze Familie am Wochenende und jeder Menge christlicher Nächstenliebe? Die Frage sollte jetzt jeder für sich selbst beantworten, ich frag ja nur mal. Die Stadt Walldorf (Baden) gibt nämlich das Ziel und den Zweck des Familienzentrums wie folgt an:

„Ziel und Zweck des Familienzentrums ist die Förderung der Familie, der Kinder- und Jugendhilfe, der Bildung und Wohlfahrtspflege sowie die Förderung generationenübergreifender Projekte. Dabei steht das Wohl des Kindes, dessen Entwicklung und bestmögliche Förderung im Mittelpunkt der Arbeit. Die Eltern werden in ihrem Erziehungsauftrag unterstützt“.

Wie soll das zusammenpassen?

Ich möchte mich gerne hierzu an die wertorientierte evangelische Christengemeinde in Walldorf (Baden) aber auch den Rest unseres Landes wenden (und auch nicht nur an die evangelischen) und Sie alle an ein paar christliche Dinge erinnern:

Die evangelische Kirche z.B. beruft sich auf das Evangelium, Versöhnung, den Schutz von Menschenwürde und das Arbeiten innerhalb rechtlicher und gemeinnütziger Rahmenbedingungen. Die Bilder und Symbolik der Antifa stehen für einen konfrontativen, teils militant auftretenden Antifaschismus, sowie eine Ablehnung staatlicher Institutionen und parteipolitischer Neutralität. Daraus ergeben sich mehrere grundlegende Gründe, warum kirchliche Werte und die Gemeinnützigkeit der Kirche schlecht mit der Antifa-Ästhetik und -Taktik vereinbar sind.

Die evangelische und die allgemeine christliche Ethik betont Nächstenliebe, Versöhnung und den Respekt vor der Würde **aller** Menschen. Militante oder aggressive Ausdrucksformen, die gezielt Konfrontation, körperliche Gewalt oder Zerstörung ansprechen, stehen im Widerspruch zu diesen zentralen Geboten. Kirchenarbeit zielt auf Vermittlung, Dialog und soziale Integration ab. Strategien, die auf Ausgrenzung, Dämonisierung oder Eskalation setzen, widersprechen dem kirchlichen Auftrag Brücken zu bauen und Friedensfähigkeit zu fördern. Die christliche Moral in protestantischer Tradition fordert die Einhaltung rechtlicher Ordnungen und das Ringen um Gerechtigkeit durch institutionelle und zivilgesellschaftliche Mittel. Taktiken, die bewusst Gesetze überschreiten oder staatliche Institutionen delegitimieren, kollidieren mit dem Prinzip, Rechtsordnung und demokratische Verfahren zu respektieren.

Gemeinnützige religiöse Körperschaften sind verpflichtet, ihre Mittel und Aktivitäten dem **Gemeinwohl** und dem religiösen Auftrag zu widmen. Die Beteiligung oder Förderung von Aktionen, die eindeutig politisch, agitatorisch, paramilitärisch oder gesetzeswidrig sind, wird die gemeinnützige Zielsetzung unterlaufen und die institutionelle Neutralität beschädigen. Hier müsste man tatsächlich juristisch überprüfen, ob solche Teile oder die evangelische Kirche als Ganzes überhaupt noch als gemeinnützig bezeichnet werden kann oder darf. Oder, ob ihr die Vorteile und die Förderungen aus diesem Status abzuerkennen sind, wenn die Führung der Kirche dieses Gedankengut und solche Aktivitäten mitträgt.

Die daraus resultierende dauerhafte Zerstörung von Vertrauen ist nur schwer zu reparieren. Kirchen arbeiten mit staatlichen Stellen, Wohlfahrtsverbänden und Freiwilligen zusammen. Eine Identifikation mit Bewegungen, deren Symbolik staatliche Organe ablehnt oder konfrontativ gegenüber zivilgesellschaftlichen Partnern auftritt, gefährdet langfristig die Glaubwürdigkeit und die Zusammenarbeit in sozialen Projekten. In unseren Sicherheitskonzepten ist diese Vorsicht bereits angekommen, die deutlich rückläufigen Mitgliederzahlen unterstreichen, dass auch in der Gesellschaft diese Ausrichtungen, Werteempfinden und neueren Aufgabeninterpretationen der evangelischen Kirche nicht mitgegangen werden. Wer ein politisches Beispiel dafür möchte, wie das in der Praxis zukünftig aussehen wird, wenn die evangelische Kirche sich nicht schnell wieder auf ihre christlichen Werte und die daraus resultierenden Aufgaben konzentriert und von solchen Gesinnten Abstand nimmt, sollte ein Auge auf die derzeitigen Verläufe bei der SPD werfen.

Sie alle tragen als Christen eine Verantwortung gegenüber Ihren Gemeindemitgliedern. Was da in Walldorf (Baden) vorgeht ist untragbar und disqualifiziert Sie in meinen Augen als wertorientierte Christen. Sie schauen weg oder zu, wie die hilfsbedürftigen Menschen Ihrer Kirchengemeinde öffentlich auftretenden Anhängern der Antifa nach und nach ausgeliefert werden. Die Kirche selbst trägt pastorale Verantwortung für Menschen aus sehr unterschiedlichen politischen Richtungen. Sichtbare Parteinahme für Gruppierungen mit polarisierendem bzw. konfrontativem Auftreten wird Gemeindespaltung, weitere Austritte und den Verlust von Spendenbereitschaft und Identifikation zur Folge haben, was der gemeinnützigen Leistungsfähigkeit schadet.

Antifa-Symbolik kommuniziert häufig Kampfbereitschaft, Abgrenzung und militanten Widerstand. Die kirchliche Bild- und Verkündigungsarbeit, die ich kennengelernt habe, orientiert sich an anderen Symbolen (Kreuz, Brot, Wasser, Versöhnung) und an einer Sprache, die Zuversicht, Heilung und Dienst vermittelt. Schwer vereinbar mit Antifa-Symboliken.

Ebenfalls erfordern pfarramtliche, diakonische und seelsorgerische Aufgaben Verlässlichkeit, Rechtsbindung und Transparenz, eine institutionelle Identifikation mit Bewegungen, die diese Merkmale nicht teilen, macht die Wahrnehmung dieser Pflichten unseriös und aus meiner Sicht nahezu unmöglich.

Abschließend und zusammengefasst bleibt zu sagen:

Die theologische Ausrichtung auf Versöhnung, das ethische Gebot des Gewaltverzichts, die gemeinnützige und kooperative Funktion der Kirche, sowie die unterschiedliche Symbolik und Praxis der Antifa führen zu grundlegenden Unvereinbarkeiten zwischen evangelischer Kirchenidentität und den Bildern und Taktiken der Antifa. Sie alle schaden sich und Ihrer Stadt nach meiner Einschätzung damit erheblich aus dem Blickwinkel eines jeden Christen. Gleichzeitig sorgen Sie dafür, dass Ihre Gemeinde nach außen deutlich zeigt, dass die einfachsten christlichen Werte Ihrer Gemeinde bereits verloren gegangen sind und wahrscheinlich immer weitere Bereiche der evangelischen Kirche zukünftig von der Antifa unterlaufen werden. Das kann unmöglich Ihr Wille sein. Christ oder Extremist, Was darf es sein?

Das Treffen mit unserem Bürgermeister

Zurück zu unserem Treffen mit dem Bürgermeister der Stadt Walldorf (Baden) Herrn Renschler, dem ersten Beigeordneten der Stadt Walldorf (Baden) Herrn Steinmann, dem evangelischen Gemeindepfarrer der Stadt Walldorf (Baden) Herrn Dr. Boch, der nicht angekündigten neuen pädagogischen Leiterin des Walldorfer (Baden) Familienzentrums Frau Pflästerer (herzlich willkommen in Walldorf), meiner Auszubildenden Frau Franziska Vogeler und mir selbst am 24.10.2025 im Fachzentrum für Gewaltprävention, Selbstbehauptung, Selbstverteidigung und Konfliktmanagement Walldorf (Baden). Und wer auch hier glaubt, dass es um die Sicherheit der Kinder gehen würde oder um eine Unterstützung zu diesem Thema, weit gefehlt. Trotzdem war es aus unserer Sicht ein Gespräch, das ausnahmslos geprägt war von gegenseitiger Achtung, Respekt und höflichem Umgang, auch wenn man durchaus des Öfteren unterschiedlicher Meinungen war. Kurz zusammengefasst:

Herr Bürgermeister Renschler begann mit dem Grund seines Erscheinens und teilte uns sehr schnell mit, dass sich die Stadt Walldorf sehr besorgt um den Ruf der Stadt zeigen würde, da ich im Teil 1 geschrieben hatte: „...*aktuell betrifft es sehr viele Kindergärten, auch in unserer Region!*“ Man war der Meinung, dass aufgrund der Tatsache, dass mein WingTsun Ausbildungszentrum und mein Fachzentrum für Gewaltprävention, Selbstbehauptung, Selbstverteidigung und Konfliktmanagement, welches ebenfalls seinen Sitz im Baden-Württembergischen Walldorf hat, den Eindruck vermitteln würde, dass auch Einrichtungen in Walldorf von diesem Thema betroffen sind. Hierbei teilte ich mit, dass die ganze Thematik mit dem Briefkopf meiner Sicherheitsberatungsfirma mit Sitz in Neulußheim geschrieben wurde und daher erst einmal überhaupt keine direkte Verbindung nach Walldorf bestehen würde. Weiter hatte ich auch nichts über Walldorf geschrieben, ausschließen dass es Walldorf nicht betreffen würde, könnte ich aber auch nicht, da ich keinerlei Schutzkonzepte der Kindertageseinrichtungen aus Walldorf gelesen hatte. Erstaunt hat mich dieser Besuch trotzdem, da sich die anderen umliegenden Gemeinden schließlich auch nicht angesprochen gefühlt hatten.

Mir kam es eher so vor, als wäre der evangelische Gemeindepfarrer Ausgangspunkt des Besuches gewesen. Wie in seiner Nachricht an mich bereits kundgetan, störte er sich daran, dass ich geschrieben hatte: „...*auch kirchliche Träger sind oder waren davon betroffen und beteiligen sich immer offener daran. Insbesondere Teile der evangelischen Kirche tauchen an den*

unterschiedlichsten Stellen dabei immer wieder negativ auf.“ Eine Aussage, bei der es für mich auch bis heute bleibt. Weiter vertrat Herr Dr. Boch die Meinung, dass wir solche Sachverhalte doch nicht im Bereich sozialer Medien öffentlich thematisieren sollten, da die Menschen, insbesondere die Mitarbeiter und Eltern der örtlichen Kindergärten aber auch allgemein, dadurch verunsichert werden würden. Die Gesellschaft könne das nicht richtig einschätzen, zuordnen oder richtig damit umgehen. Darüber konnte ich mich nur wundern, ich teilte Herrn Dr. Boch mit, dass ich auch ein Teil der Gesellschaft bin und er nicht für mich oder andere sprechen sollte, die ihn damit nicht beauftragt haben. Denn ich bin der Meinung, dass sowohl ich als auch die meisten anderen Menschen damit sehr gut klarkommen. Weiter glaube ich nicht, dass es die Aufgabe des Gemeindepfarrers ist, zu entscheiden, wem welche Informationen zugänglich gemacht werden sollten und wem nicht. Alleine die Behauptung man dürfe solche Sachverhalte nicht öffentlich schreiben, da die Menschen damit nicht umgehen könnten, stellte sich zumindest in meinen Augen als Entmündigung der Gesellschaft und als völlig inakzeptable Bevormundung dar. (Zumal er selbst durch seine Seiten im Bereich sozialer Medien zu polarisieren versucht und öffentliche Verallgemeinerungen und Hetze gegen **politisch** Andersdenkende betreibt, unserer Meinung nach.) Mein erster Gedanke dazu waren die Worte des damaligen Bundesinnenminister Dr. de Maizière (CDU), der ähnliches auch schon einmal nach einem abgesagten Fußball-Länderspiel gesagt hatte, weil er einen Terroranschlag am Hauptbahnhof in Hannover befürchtete. Der ehemalige Bundesinnenminister sagte damals, dass er weitere Informationen zu seinen Einschätzungen nicht abgeben wollte, weil: *„Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern“*. Das sollte dann wohl doch jeder für sich entscheiden dürfen, selbst bei einem solchen Thema.

Warum Herr Dr. Boch da Probleme sieht, wenn jemand öffentlich über die Sexualisierung von Kleinkindern und Kindern in Kindertageseinrichtungen, die auch in unserer Region geschehen, schreibt, versteht er wahrscheinlich nur selbst. Beschreibend für seine Einstellung und Denkweise war für mich persönlich allerdings, wie er sich äußerte nachdem wir mitteilten, dass wir aktuell keine Informationen zu Kindertageseinrichtungen in Walldorf (Baden) hätten, aber z. B. über die Nachbargemeinde Rauenberg. Keine Besorgnis, kein Interesse an Details nur der Satz: **„Da bin ich nicht zuständig, das geht mich nichts an, das ist mir egal.“**

Die neue pädagogische Leiterin des Walldorfer Familienzentrums Frau Pflästerer war eher passiv. Lediglich als es um die Thematik der Sexualkonzepte in Verbindung mit Masturbations- und Selbsterkundungsräumen in den Kindertageseinrichtungen ging, vertrat sie die Meinung, dass man diese aus pädagogischer Sicht betrachten müsse und dass der Begriff „Raum geben“ unterschiedliche Bedeutung haben könnte. Das ist eine Auffassung, die ich bisher ausschließlich von PädagogInnen gehört habe. Doof wird es dann halt bei so einer Begründung, wenn hinter dem Begriff „Raum“ auch noch durch einen Strich getrennt „Ort“ steht, wie am Beispiel Rauenberg. Den Rest lasse ich unkommentiert.

Der erste Beigeordnete der Stadt äußerte sich nur sehr wenig. Mir persönlich blieb von seinen Äußerungen nichts Erwähnenswertes in Erinnerung. Er zeigte sich meiner Wahrnehmung nach ebenfalls mehr besorgt um den Namen der Stadt, als um die von uns thematisierte Bedrohungen für die Kinder, so wie der Bürgermeister. Man sicherte aber zu, sich im Bereich der Kindergärten in Walldorf die Angelegenheit noch einmal anzuschauen.

Meine anwesende Auszubildende Frau Vogeler hörte nur zu.

Abschließend möchte ich dazu noch sagen, dass ich es als sehr befremdlich empfinde, wenn sich der Bürgermeister der Stadt und sein erster Vorsitzender eher Gedanken um den Namen der Stadt Walldorf (Baden) machen, als um die von uns dargestellten Situationen, auch wenn es bisher keine Walldorfer Kindertageseinrichtungen betrifft. Unterstützen wollte man uns nämlich ausdrücklich nicht. Soviel zum gelebten Kinderschutz.

Meine Damen und Herren des Rathauses, des Gemeinderates und Einwohner der Stadt Walldorf (Baden),

wenn Sie Angst um den Namen Ihrer Stadt haben, anstatt Einrichtungen, die den Schutz von Kindern in den Vordergrund schieben zu unterstützen, muss ich Ihnen mitteilen, dass ich den Ruf und den Namen Ihrer Stadt eher dahingehend gefährdet sehe, dass Sie widerstandslos einen Pfarrer in Ihrer Gemeinde dulden, der Anhänger der Antifa ist. Darin sehe ich eine tatsächliche, potentielle Bedrohungs- und Schädigungsmöglichkeit für den Namen und das demokratische Leben in unserer Stadt. Es zeichnet für mich zusätzlich aber auch einen ganz besonderen und vor allem negativen gesellschaftlichen Zustand ab, wenn für den Kinderschutz aktive Bereiche von den Stadtvertretern aufgesucht werden und Ihnen unterstellt wird, den Namen der Stadt mit solchen Themen zu schädigen, anstatt ihr gesamtes Augenmerk und Engagement auf die Bereiche zu richten, die für diese Themen verantwortlich sind. Auch wenn es unangenehm ist. Und wenn Sie sich den bereits oben genannten Ratgeber der WHO und der BZgA (Seite 2) gewissenhaft durchgelesen und verstanden haben, dann wissen Sie, um was es für Sie und die Kinder dieses Landes geht. Denn das Ganze ist keinesfalls ein regionales Problem. Die Zeit des Schweigens und der völlig unangemessenen Toleranz zu diesen aber auch vielen weiteren Themen muss nun beendet werden, wenn wir gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern nicht in Erklärungsnot geraten wollen.

Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin mir absolut sicher, dass jeder von Ihnen schon einmal bekundet hat, sich für die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Kinder zu interessieren, einsetzen zu wollen, vielleicht sogar aktiv. Wie Sie anhand der letzten Seiten erkennen können, sieht die Realität wohl so aus, dass wir ohne den notwendigen **gemeinsamen** Druck auf die unterschiedlichen Bereiche nicht viel Hilfe und Ernsthaftigkeit zu erwarten haben. Und bitte lassen Sie sich bloß nichts von einem Masterplan erzählen. Mit Ideologien und Wunschvorstellungen hat noch keine Gesellschaft in der Vergangenheit eine positive Veränderung herbeigerufen ohne sich selbst abzuschaffen und dabei unterzugehen. Hinterfragen Sie mehr, informieren Sie sich mehr, trauen Sie sich Ihre Meinung zu sagen und das ohne darauf zu achten, was andere denken könnten. Geben Sie Ihren Werten eine Stimme und vergessen Sie nicht, dass viele unterschiedliche Meinungen die wahre Vielfalt darstellen. Lassen Sie sich aber auch nicht von Menschen täuschen, die diese Toleranz nutzen möchten, um zu polarisieren, stigmatisieren und andersdenkende auszuschließen. Eine Gesellschaft, die ihren Werten treu bleibt, schafft eine klare Identität und Orientierung für ihre Mitglieder. **Werte bilden das Fundament für Zusammenhalt, Vertrauen und gemeinsames Handeln.** Sie ermöglichen es, Regeln und Normen festzulegen, die das Zusammenleben strukturieren und Konflikte minimieren.

Toleranz bedeutet nicht, alle Verhaltensweisen oder Meinungen ungefiltert zu akzeptieren, sondern vielmehr, anderen mit Respekt zu begegnen und unterschiedliche Perspektiven anzuerkennen, solange sie die grundlegenden Werte und Rechte der Gesellschaft nicht verletzen. Ohne eine Grenze würde Toleranz ihre Bedeutung verlieren und könnte zu Beliebigkeit oder sogar zur Gefährdung der sozialen Ordnung führen. Deshalb ist es wichtig, dass eine Gesellschaft ihre Werte schützt und gleichzeitig eine differenzierte Form der Toleranz praktiziert.

So bleibt die Gesellschaft stabil, handlungsfähig und offen für Vielfalt, ohne ihre grundlegenden Prinzipien aufzugeben. Das ist es worauf es meiner Meinung nach ankommt.

Wir haben uns bereits vor Jahren dazu entschlossen, der Sicherheit der Kinder unseres Landes absolute Priorität einzuräumen und allen entschlossen entgegenzutreten, die versuchen die Sicherheit, Freiheit und Unversehrtheit unserer Kinder anzugreifen oder zu beseitigen. Darauf haben Sie mein Wort!

Neben den Möglichkeiten, die Sie persönlich tagtäglich haben um dem Schutz von Kindern ein Gesicht zu geben, können Sie uns auch wirtschaftlich unterstützen. Damit helfen Sie uns bei aktuellen aber auch zukünftigen Projekten mit echter Substanz. Weiter helfen Sie uns, uns personell und infrastrukturell weiter ausbauen und besser aufstellen können. Ich garantiere jedem, dass das Geld und zwar jeder Cent davon, dem Schutz unserer Kinder dienen wird. Wir sind für jede auch noch so kleine Unterstützung dankbar. Besser und ehrlicher als bei uns, können Sie nicht in die Sicherheit Ihrer Kinder investieren.

Bitte richten Sie Ihre Unterstützung an:

Klaus Hasse

IBAN: DE96 6724 0039 0196 8072 02

Verwendungszweck: Unterstützung für Kinder- und Jugendschutz Fachzentrum für Gewaltprävention Walldorf (Eventuell Ihr Name oder Pseudonym)

Sollten Sie Ihren Namen oder ein Pseudonym an den Verwendungszweck anhängen, werden wir dieses am Ende des jeweiligen Monats oder Folgemonats mit dem Spendenbetrag veröffentlichen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Unterstützung.

Facebook:	Klaus Hasse
Facebook:	Fachzentrum für Gewaltprävention und Selbstverteidigung Walldorf
Instagram:	WingTsun_Schule_Walldorf_Baden
LinkedIn:	Klaus Hasse
LinkedIn:	Fachzentrum für Gewaltprävention, Selbstbehauptung, Selbstverteidigung und Konfliktmanagement
Google:	WingTsun Ausbildungszentrum Walldorf
WhatsApp Kanal:	Sicherheitsexperte Klaus Hasse
Webseite:	https://wingtsun-walldorf.de/offizielle-mitteilungen-des-ausbildungszentrum/

Mit besten Grüßen

